

The logo for the Bavarian Chamber of Commerce (vbw) is located in the top right corner. It consists of the lowercase letters 'vbw' in a white, sans-serif font, set against a solid blue square background.

vbw

Die bayerische Wirtschaft

Verband der Bayerischen Entsorgungsunternehmer Jahrestagung 2017

Freitag, 13. Oktober 2017 um ca. 16:00 Uhr

Hotel St. Georg, Konferenzzentrum

Ghersburgstraße 18, 83043 Bad Aibling

Festansprache – Perspektiven der Wirtschaft nach der Bundestagswahl

Alfred Gaffal

Präsident

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

Es gilt das gesprochene Wort.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
ich springe auf Wunsch Ihres Präsidenten
Otto Heinz gerne für Staatsministerin Ilse
Aigner ein und freue mich über die
Gelegenheit, auf Ihrer Jahrestagung zu
sprechen.

Die mittelständisch geprägte
Entsorgungswirtschaft in Bayern leistet
einen maßgeblichen Beitrag zum
Gemeinwohl.

Dass die Abfallentsorgung im Freistaat so

- effizient und
- umweltfreundlich

durchgeführt wird, ist dem Engagement der
vielen privaten Entsorgungsunternehmen zu
verdanken.

Bei ihnen verbinden sich aufs Beste

- regionale Verwurzelung und Tradition,
- unternehmerisches Geschick sowie
- höchste Sachkompetenz.

Nicht ohne Grund ist Bayern mit einer Verwertungsquote von 74 Prozent Spitze im Ländervergleich.

Das schont die natürlichen Ressourcen und das Klima.

Anfang dieses Jahres haben wir, die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, die neueste Aktualisierung unseres Rohstoffgutachtens vorgestellt.

Ein zentrales Ergebnis war, dass wir zukunftsfeste Recyclingkonzepte brauchen, um die Rohstoffversorgung unserer Industrie zu sichern.

Das Know-how in Ihren Unternehmen ist vielfach da.

Die Politik muss aber auch die passenden Rahmenbedingungen schaffen, um diese Kompetenzen abzurufen!

Gerade bei den vielen neuen Zukunftstechnologien brauchen wir eine effiziente Kreislaufwirtschaft.

Sonst werden noch mehr Rohstoffe gebraucht, die aus unsicheren Ländern kommen.

Ohne Sie, meine Damen und Herren, wird die Rohstoffsicherung in Bayern und Deutschland nur schwer gelingen!

Gleichzeitig stehen die bayerischen Entsorger unter Druck.

Die Tendenz zur Verstaatlichung von Dienstleistungen in der Recycling- und Entsorgungswirtschaft hält weiter an.

Das geht nicht nur zu Lasten der mittelständischen Entsorger, sondern mittelfristig auch zu Lasten der Verbraucher.

Denn erst die privaten Entsorgungsunternehmen haben Qualität

und Effizienz auf das Niveau gehoben, das wir heute so schätzen.

Die vbw steht hier entschieden an der Seite der privaten Entsorgungswirtschaft:

Dem Trend zur Rekommunalisierung müssen wir uns gemeinsam entgegenstellen.

Von der Politik fordern wir ein klares Bekenntnis zum Mittelstand und zum fairen Wettbewerb.

Mit der Bevorzugung kommunaler Entsorger – besonders bei der Umsatzsteuer – muss endlich Schluss sein!

Meine Damen und Herren,

der Ausgang der Bundestagswahl hat uns kalt erwischt.

Erfreulich ist, dass es die Freien Demokraten wieder in den Bundestag geschafft haben.

Das hohe Ergebnis für die AfD ist allerdings ein echter Schock – genauso die Verluste der Union.

Viele Bürger haben das Vertrauen in die politische Führung verloren.

Alle demokratischen Kräfte müssen nun daran arbeiten, dieses Vertrauen zurückzugewinnen.

Die Menschen brauchen wieder mehr Orientierung und mehr Sicherheit – in einer Welt, die aus den Fugen geraten ist.

Gleichzeitig müssen wir deutlich machen, dass Fremdenfeindlichkeit und Nationalismus nicht nur gesellschaftlich, sondern auch wirtschaftlich schädlich für unser Land sind.

Wir müssen ein weltoffenes Deutschland bleiben, um auch in Zukunft im globalen Wettbewerb zu bestehen.

Ausländische Fachkräfte leisten einen unerlässlichen Beitrag für unsere Wirtschaft – und damit für unsere Gesellschaft.

Durch den demografischen Wandel und die Fachkräftelücke brauchen wir die gezielte Zuwanderung von Fachkräften aus dem Ausland.

Gleichzeitig steht völlig außer Frage, dass wir die Zuwanderung kontrollieren und begrenzen müssen – das gilt auch für den Familiennachzug!

Wir in Bayern stehen ja für Integration und haben viel getan:

Im Oktober 2015 haben

- Staatsregierung,
- Wirtschaftsorganisationen und
- Bundesagentur für Arbeit

einen gemeinsamen Kraftakt zur Integration der Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt gestartet.

Von Dezember 2015 bis Juli 2017 haben wir 44.800 Flüchtlinge in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und 4.800 in eine Ausbildung gebracht.

Zudem werden bis Ende dieses Jahres mindestens 60.000 Flüchtlinge ein Praktikum in bayerischen Unternehmen absolviert haben.

Die vbw hat an eigenen Mitteln für Projekte zur Flüchtlingsintegration 6,7 Millionen Euro in die Hand genommen.

Der Erfolg zeigt: Das war eine gute Investition!

Wir in Bayern sind hier Vorbild für ganz Deutschland.

Trotzdem ist klar, dass uns das Flüchtlingssthema noch lange beschäftigen wird.

Meine Damen und Herren,

nach der Landtagswahl in Niedersachsen am Sonntag wird sich klarer abzeichnen, wohin bundespolitisch die Reise geht.

Derzeit deutet alles auf eine Jamaika-Koalition hin.

Fest steht: Auch in dieser Konstellation wird es eine Herausforderung für uns, Zustimmung für unsere Überzeugungen zu erhalten.

Umso mehr geht es für uns in den nächsten Wochen und Monaten darum, unsere Positionen

- bei den Koalitionsgesprächen und
- bei den ersten Gesetzesvorhaben

mit der nötigen Vehemenz einzubringen.

Die neue Bundesregierung hat eine hervorragende wirtschaftliche Lage im Rücken.

Das ist der Agenda 2010 geschuldet, die wir auf keinen Fall zurückdrehen dürfen.

Das Bruttoinlandsprodukt wächst, die Steuereinnahmen eilen von Rekord zu Rekord und der Arbeitsmarkt entwickelt sich hervorragend.

Seit 2005 hat sich die Arbeitslosenquote halbiert und es wurden fast sechs Millionen zusätzliche sozialversicherungspflichtige Jobs geschaffen.

In Bayern haben wir mit einer Arbeitslosenquote von 3 Prozent praktisch Vollbeschäftigung.

Und was besonders wichtig ist: Unsere Jugend hat hervorragende Perspektiven. Die Jugendarbeitslosigkeit ist gering.

Es stehen weitaus mehr Ausbildungsplätze als Bewerber zur Verfügung.

Für mich steht fest: Hohe Beschäftigung ist die beste Sozialpolitik!

Bei vielen Wählern ist das aber nicht angekommen. Das Flüchtlingsthema hat im Wahlkampf alles überlagert.

Meine Damen und Herren,

die ganze Welt beneidet uns um unsere gute wirtschaftliche Situation.

Allerdings birgt eine so lange Wachstumsphase die große Gefahr, sich selbstzufrieden zurückzulehnen, und die Zukunft zu vernachlässigen.

Das aber ist angesichts der vielen politischen Krisen und Veränderungen in der Welt, der Alterung der Gesellschaft sowie der rasanten technologischen Entwicklung hochgefährlich.

Die Anforderungen an die Unternehmen steigen in einem nie dagewesenen Tempo.

Die Leitfrage lautet:

Was müssen wir heute tun, um auch in Zukunft erfolgreich zu sein?

Entscheidend ist, dass wir die Wettbewerbsfähigkeit unseres Standortes wieder in den Mittelpunkt stellen.

Wir müssen wieder mehr Wirtschaft wagen und zu den Wurzeln der Sozialen Marktwirtschaft zurückkehren!

Das ist der Auftrag für die neue Bundesregierung.

Wohlstand entsteht nur durch Wirtschaftskraft!

Das müssen wir uns immer wieder vor Augen führen.

Was zu tun ist, haben wir in unserer Agenda 2020 dargestellt.

Sie ist aktueller und wichtiger denn je.

Es geht um

- Infrastruktur
- Arbeit und soziale Sicherheit
- Steuern
- Bildung
- Innovationen
- Flüchtlingsintegration und
- Digitalisierung.

Hier wird der Weg beschrieben, damit Deutschland zukunftsfähig bleibt.

Ich will ein paar wichtige Punkte ansprechen.

Angesichts der hohen Steuereinnahmen geht es jetzt darum, Bürgern und Betrieben wieder etwas zurückzugeben.

Die kalte Progression muss weg. Es muss wieder mehr Netto vom Brutto übrig bleiben.

Der Solidaritätszuschlag sollte möglichst schnell gestrichen werden.

Aufpassen müssen wir auch bei den Sozialausgaben.

2016 betrugen sie insgesamt 918 Milliarden Euro – knapp ein Drittel des Bruttoinlandsprodukts!

Die implizite Staatsverschuldung liegt schon bei 153 Prozent des BIPs – das wird immer vergessen!¹

Der Rucksack, den wir unseren Kindern mitgeben, ist schon groß genug!

Wir müssen hier Maß und Mitte wahren.

Für die Wirtschaft gilt: Ein weiterer Anstieg der Lohnzusatzkosten ist unbedingt zu

¹ Quelle: Generationenbilanz Update 2017, Stiftung Marktwirtschaft. – Für einen EU-weiten Vergleich der impliziten Staatsverschuldung vgl. Vermerk zum EU-Nachhaltigkeitsranking von Benedikt Rüchardt. Die für das EU-Nachhaltigkeitsranking ausgewiesene implizite Verschuldung folgt jedoch einer anderen Methodik.

vermeiden. 40 Prozent muss dauerhaft der Deckel sein.

Zudem gilt: Um Wettbewerb und Globalisierung erfolgreich zu gestalten, brauchen die Unternehmen Flexibilität.

Man kann die Wirtschaft 4.0 nicht mit einem Arbeitsrecht 1.0 bewältigen.

Nötig ist deshalb eine schnelle Änderung unseres Arbeitsrechts.

Ein erster Schritt ist die Reform der Arbeitszeit, die wir derzeit in einer großen Kampagne einfordern.

Nach wie vor gilt selbstverständlich die tariflich oder vertraglich vereinbarte wöchentliche Arbeitszeit. Darauf möchte ich ausdrücklich hinweisen.

Aber wir brauchen eine flexiblere Verteilung der Arbeitszeit – weg von einer täglichen hin zu einer wöchentlichen Betrachtung, die in

der entsprechenden Europäischen Richtlinie bereits vorgesehen ist.

Und zwar für alle Unternehmen – unabhängig davon, ob sie tarifgebunden sind oder nicht.

Meine Damen und Herren,

zur Zukunftssicherung gehört auch, dass wir unsere Leitbranche nicht kaputt reden.

Darüber freut sich nur die internationale Konkurrenz.

Auch wenn Fehler gemacht worden sind: Wir dürfen uns nicht selbst zerfleischen.

Was die Diesel-Thematik angeht, so gilt:

- Die auf den Verkehr entfallenden Stickstoff-Emissionen sind von 1995 bis 2015 um 63 Prozent gesunken – und sie werden weiter sinken.

- Es kann nicht sein, dass der NOx-Ausstoß ausländischer Fahrzeuge in der Diskussion überhaupt keine Rolle spielt:

Ein aktueller ADAC-Test von Autos in- und ausländischer Hersteller bei realen Bedingungen kommt zu dem Schluss, dass die Fahrzeuge deutscher Hersteller mit Abstand die geringsten Schadstoffe ausstoßen.

- Zudem gilt: Ohne Diesel werden wir die ambitionierten Klimaziele auf absehbare Zeit nicht erreichen.
- Deshalb darf es pauschale Diesel-Fahrverbote nicht geben.
- Und auch die Kommunen sind jetzt gefordert, die notwendigen Maßnahmen zügig umzusetzen!

Für die Zukunft des Verbrennungsmotors gilt:

- Statt planwirtschaftlicher Zeit- und Quotenvorgaben brauchen wir den Wettbewerb um die besten Lösungen!
- Dringend notwendig ist zudem ein Gesamtkonzept für Energie, das auch die ambitionierten Klimaziele einbezieht.
- Ein – wie derzeit der Fall – zu 40 Prozent mit Kohlestrom betanktes Auto ist sicher nicht die Lösung.
- Was die Emissionen angeht, so dürfen wir zudem nicht einseitig aufs Automobil schauen.
- Wir müssen auch die erheblichen Potenziale etwa der energetischen Gebäudesanierung und der Umrüstung auf moderne Heizungs- und Klimaanlage schnellstens heben!

Unabhängig von der Automobilindustrie müssen wir in neue Wachstumsperspektiven investieren.

Das heißt:

- Auf F+E sowie Innovationen setzen,
- neue Branchen entwickeln und
- neue Auslandsmärkte erschließen – auch deshalb sind mir unsere internationalen Aktivitäten etwa mit Russland und im Iran so wichtig!

Ein extrem wichtiges Thema für unser Land ist die Digitalisierung, sie verändert alles.

Wir als Verbände leisten unseren Beitrag, indem wir das Thema „Digitalisierung“ in den Mittelstand tragen und unsere Mitglieder im M+E-Bereich durch ein ganzes Maßnahmenbündel beim „Digitalen Enabling“ unterstützen.

Zudem präzisiert der Zukunftsrat der Bayerischen Wirtschaft, was für alle Beteiligten zu tun ist, um die Digitalisierung zum Erfolg zu führen.

Es ist aber auch der Staat gefragt. Dringend notwendig ist

- die Fortsetzung des Breitbandausbaus und eine neue Glasfaserinitiative,
- die Behebung der Defizite im Mobilfunknetz, die
- schnelle Erprobung und Einführung des neuen Mobilfunkstandards 5G und
- die Digitalisierung des Bildungssystems.

Wir brauchen das digitale Klassenzimmer!

Konkret ansetzen müssen wir,

- bei der technischen Ausstattung der Schulen,
- bei der Vermittlung digitaler Inhalte sowie
- bei der Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte.

Insgesamt brauchen wir mehr Forschung und Entwicklung – auch für die Digitalisierung.

Die steuerliche Forschungsförderung für Unternehmen jeder Größe ist dafür der richtige Impulsgeber – und muss endlich kommen.

Meine Damen und Herren,

die neue Regierung kann in den nächsten vier Jahren beweisen, dass es uns nicht erst schlechter gehen muss, bevor die nötigen Reformen zur Stärkung unseres Standorts in Angriff genommen werden.

Vielen Dank!